



Zur SPÖ-Mitgliederbefragung und zum Zustand der SPÖ

Was soll man zu all dem sagen? Die Fragen an die Mitglieder sind wirklich kein Geistesblitz. Verständlich ist der Versuch des Befreiungsschlags der SPÖ-Vorsitzenden. Nachhaltig nutzen wird er nicht. Die Ursachen liegen viel tiefer. Die SPÖ hat ihre Seele verloren und die war schon lange beschädigt.

Die im Vorfeld ihrer Gründung und zu Beginn ihrer Vereinigung stolze, große und kämpferische österreichische Sozialdemokratie (SD) als Vertreterin der Arbeiterklasse wurde von der Kapitalistenklasse immer abgelehnt, bekämpft, verfolgt und unzählige ihre Kämpfer*innen wurden eingesperrt und umgebracht. Trotzdem hatte die SD – bis heute – immer ein zwiespältiges Verhältnis zu den Herrschenden, zur Kapitalistenklasse. Die SD ging programmatisch davon aus, dass man mit der parlamentarischen Mehrheit (51%, Otto Bauer) den Kapitalismus beseitigen könne oder dieser durch entsprechende „Wirtschafts- und Sozialstaatsdemokratie“ in den Sozialismus hinüberwachsen würde. Die Wirklichkeit ist anders.

Austromarxismus und Kapital

Zu Beginn des 1. Weltkrieges 1914 etwa lobte die „Arbeiter-Zeitung“ die Zustimmung der deutschen SD zu den Kriegskrediten des deutschen Kaiserreichs. Durch die Russische Revolution 1917 und das dadurch erwirkte Ende des 1. Weltkrieges 1918 samt dem Zusammenbruch der Monarchie, der Ausrufung von Räterepubliken in Europa und den Arbeiterprotesten und der Ausrufung der 1. Republik – die Aufschrift „Für die sozialistische Republik“ auf dem Transparent in der Menschenmasse vor dem Parlament wird bis heute in den meisten Publikationen wegetuschiert – kam die Sozialdemokratie erstmals an die parlamentarische Macht. Die damals eingeführten Sozialgesetze (AK, Sozialversicherung, Betriebsräte ...), wirken bis heute und sind Ausdruck dieses Kampfes der Arbeiter*innenbewegung.

Indem auch die österreichische SD den Bolschewismus und die russische Revolution (Diktatur des Proletariats) ablehnte und sich davon absetzte, war sie für die momentan schwache Kapitalistenklasse und

Reaktionäre (Monarchisten, Großdeutsche usw.) zwar ganz und gar nicht erwünscht, aber als kleineres Übel berechenbar. Otto Bauer betonte in der revolutionären Zeit immer wieder, dass es nur der SD zu verdanken gewesen sei, dass die „aufgebrachten Arbeitermassen“ die Regierung nicht hinweggefegt haben.

Wiederauferstanden

Relativ bald hatte sich die Reaktion erholt und sprach fortan vom „Wegräumen des revolutionären Schutts“, meinte die sozialen Zugeständnisse, die die Kapitalisten den Arbeiter*innen machen mussten. Ab 1922 regierten der „christlich-soziale“ (CS) Kanzler mit Großdeutschen oder Landbund. Die Reaktion rüstete Bürgerwehren (Heimwehr) auf. Als Antwort darauf gründete die SD den Republikanischen Schutzbund. 1927 kam es zu Arbeitermorden in Schattendorf im Burgenland. Als die Mörder vom Gericht freigesprochen wurden, kam es zu Arbeiter*innen-Massenprotesten in Wien gegen das Urteil und die Beschwichtigung der SD-Führer und zum Justizpalastbrand. Die Wirtschaftskrise (1929) spitze die Lage zu. 1933 schaltete der CS-Kanzler Dollfuß das Parlament aus und errichtete mit seiner „Vaterländischen Front“ (VF) die austro-klerikal-faschistische Diktatur, in der Sozialisten, Kommunisten Gewerkschafter und Nationalsozialisten, verboten wurden.

Im Februar 1934 ließ Dollfuß das Militär auf die protestierenden und nur ganz schlecht bewaffneten Arbeiter in Oberösterreich, Wien, Steiermark schießen, sie einsperren und standrechtlich umbringen. Im Juli 1934 wurde Dollfuß von Nazi-faschisten ermordet. Der „christlich-soziale“ Schuschnigg von der VF folgte. Die Diktatur blieb aufrecht und im März 1938 lieferte Schuschnigg Österreich ans Deutsche Reich,

an die faschistische Nazi-Hitler-Diktatur aus („Anschluss“), weil er „kein deutsches Bruderblut vergießen wollte“. Als Mitschöpfer der austro-faschistischen Diktatur 1933 hatte er 1934 als Justizminister aber kein Problem „Arbeiterblut“ zu vergießen. Seine Angst vor der Arbeiterschaft und sein Hass auf die Arbeiter, Roten und Gewerkschafter war größer als die Angst vor der Auslöschung Österreichs.

Bund ohne Schutz

Obwohl die SD-Führung mit der Gründung des Schutzbundes den Arbeiter*innen versprach, wenn die Reaktion zuschlägt, zum bewaffneten Widerstand aufzurufen, blieb sowohl 1927, als auch 1933 und 1934 die Unterstützung der Parteispitze aus und wurden die kämpfenden Arbeiter*innen alleine gelassen. Die Parteispitze hoffte bis zuletzt, dass die Dollfuß-Regierung nicht zum Äußersten greifen würde – doch sie tat es. Der Sozialdemokrat Karl Renner (sowohl am Anfang der 1. wie der 2. Republik Staatskanzler) begrüßte 1938 gar den Anschluss Österreichs an Hitlerdeutschland.

Kreisky meint in seinen Memoiren (Zwischen den Zeiten, 1986, S.195 f), dass man die Demokratie, die 1.Republik hätte retten können, hätte man das Angebot Seipls zu einer Koalition am Höhepunkt der Wirtschaftskrise angenommen. Ob das so gewesen wäre, sei dahingestellt. Fakt ist, dass heutige Nachfolger von damals, die ÖVP/Türkisen, wenn es geht lieber mit der FPÖ koalieren wollen als mit der SPÖ obwohl die SPÖ-Führung ja eh um fast jeden Preis dazu bereit wäre.

Neuanfang nach 1945 – für wen?

Nach dem 2. Weltkrieg, Ende der 1940er Jahre, bekämpfte und drängte die SPÖ-Führung die meisten der wenigen noch übrig gebliebenen Repräsentanten der Linken und

Revolutionären Sozialisten, die den aktiven Widerstand gegen den Austro- und Nazifaschismus überlebt hatten, aus der Partei. Und der zu 90% aus SPÖ-Mitgliedern bestehende ÖGB wurde mit Hilfe der SPÖ-Führung im ÖGB nach dem Muster der USA-Gewerkschaften eingerichtet (siehe: *Der Kalte Krieg in der SPÖ von Fritz Weber, Wien 1986*).

Nach diesem ersten „Rechtsruck“ in der SPÖ hat sich dann die SPÖ-Spitze in den 1950er und 1960er Jahren mit den politischen und geistigen Nachkommen der Hitler- und Austrofaschisten, der FPÖ (VdU) und der ÖVP arrangiert, um zur Regierungsbeteiligung zu kommen. Zuerst jahrelang mit der ÖVP, dann mit Hilfe der FPÖ (1970-1971 Kreiskys SPÖ-Minderheitsregierung mit etlichen SP-Ministern mit Nazi-Vergangenheit, geduldet von der FPÖ) und dann die SPÖ-FPÖ-Regierung Sinowatz-Steger von 1983-1986.

Für die „Große Koalition“ zwischen ÖVP und SPÖ wurde der einseitige Bürgerkrieg der Austrofaschisten gegen Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschafter von 1934 als „geteilte Schuld“ verfälscht und fortan so in die Schul-Geschichtsbücher geschrieben. Der Kampf der Arbeiter 1934 gegen die austrofaschistische Diktatur und ihre Opfer wurde ein zweites Mal verraten. Die ÖVP konnte sich so mit Hilfe der SPÖ-Führung als „demokratisch geworden“ hinstellen. Die geistigen Nachkommen der Nazi-Faschisten wiederum, die FPÖ, wurde – wie etwa FP-Steger unter Sinowatz – als „Liberale“ hingestellt und somit hoffähig gemacht.

Die Täter und ihre geistigen Nachfolger hingegen waren die wirklichen Nutznießer der „Versöhnung“. Sie überlebten und plusterten sich auf, machten sich wieder breit, nahmen über die Jahrzehnte alles wieder Stück um Stück in Besitz:

Politisch, z.B. Julius Raab: Heimwehler, nach 1945 ÖVP-Obmann, Präsident der Wirtschaftskammer, ÖVP-Bundeskanzler.

Wirtschaftlich, z.B. durch die unendliche und noch nicht vollendete Geschichte des Ausverkaufs und der Privatisierung der Verstaatlichten Industrie und von Staatsbetrieben –

bis in unsere Tage (Telekom, OMV, Casinos, ÖBAG, Wasser, usw.).

Heute sehen wir das in den arbeiter-, demokratie- und menschenfeindlichen sowie autoritären Aussagen und Taten etwa von Hoteliers, Unternehmern, Bankern, Industriellen, Wirtschaftskammerern, von Kurz, Hofer, Kick usw. Etwa zu Kollektivvertrag, Gehalts- und Arbeitszeitforderungen, Streiks, zu Krisen und Kriegen oder Flüchtlingen.

Fatale Stellvertreterpolitik

Durch das ständige Nachgeben der SPÖ- und ÖGB-Spitzen, um so lange wie möglich und um jeden Preis in einer Regierung zu sein, wurden die SPÖ-Grundsätze Stück um Stück über Bord geworfen, Klassenkampf als altmodisch hingestellt. Statt „Sozialismus“ hat man Konsumismus propagiert und so die Arbeiter*innenschaft entpolitisiert und so direkt den Unternehmern politisch und wirtschaftlich ausgeliefert.

„Wohlstand“ orientiert sich nicht an einem guten Leben für alle, sondern ist entweder „Geiz ist geil“ oder ein unsicheres Almosen-Nebenprodukt der Profiterwartungen und -interessen der Unternehmer.

Die Basis, die SPÖ- und ÖGB-Mitglieder, die arbeitenden Menschen werden schon lange nicht mehr auf allen Ebenen einbezogen. Sie werden nicht politisch ständig aufgeklärt, geschult und so gefestigt. Nur so könnte, von unten aktiv kämpfend soziale Gerechtigkeit hergestellt und sozialer Fortschritt nachhaltig aufgebaut und abgesichert werden. Das war der Sinn und Zweck der Arbeiterbildungsvereine. Stattdessen wurde und wird bestenfalls Stellvertreterpolitik gemacht.

Doch je mehr Stellvertreterpolitik die SPÖ- und ÖGB-Oberen mach(t)en, desto mehr waren sie erst recht auf Regierungsteilhabe angewiesen.

Damit einhergehend bekamen sie von sich selbst den Eindruck, immer wichtiger und unabhömmlicher zu sein, und umso mehr entfernen sie sich von der Basis, umso mehr zogen und ziehen sich Mitglieder und Wähler zurück.

Knebel Sozialpartnerschaft

Letztlich ist auch Kreisky an den Kapitalisten und ihrem politischen

Arm (ÖVP, FPÖ) gescheitert. Warum? Weil SPÖ, ÖGB, AK trotz oder wegen der SPÖ-Alleinregierung Kapitalisten nicht weiter zurückgedrängt, bekämpft, sondern sogar gefördert haben und ihnen wichtige Posten in Staat und Wirtschaft gaben. So sagten Kreisky z.B. nach dem Wahlsieg 1975, obwohl er die Mehrheit hatte: „Ich werde von der Mehrheit nicht Gebrauch machen. Tatsächlich sind mehr als 90% der Gesetze gemeinsam beschlossen worden – welcher Kapitalist(envertreter) stimmt zu, wenn es ihm nicht etwas bringt?

In der Hochkonjunktur fiel das nicht so auf, funktionierte die „Formel“ des damaligen ÖGB-Präsidenten Benya: Abgeltung der Inflation plus ein bisschen etwas drauf. Das freute auch die Wirtschaft, das „Sozialpartnerschafts“-Gegenüber Rudolf Sallinger (damaliger Wirtschaftskammerpräsident). Denn vom Produktivitätszuwachs (Wertschöpfung) bekamen die arbeitenden Menschen nichts.

Als der erste größere wirtschaftliche Abschwung kam, kündigten die Kapitalisten die Zusammenarbeit auf. Kreisky machte das erste (Mallorca-) „Sparpaket“ – und verlor daraufhin bei der Wahl 1983 die Mehrheit.

Und innerparteilich? Nachdem Kreisky 1966 gegen den „linken“ Pittermann gearbeitet hat – ist er selbst in den folgenden Jahren an dem „Rechten“ und geldgeilen auf dem SPÖ-Ticket in Position gekommene „Leider-Nein-Millionär“ Androsch gescheitert. Anstatt Androsch mit Hilfe der SPÖ-Basis zu entlarven und so erfolgreich zu bekämpfen, hat er ihn in die CA gehoben. Dann kam das Desaster mit der SPÖ-FPÖ-Regierung Sinowatz-Steger und schließlich Vranitzky.

Sozialpartnerschaft täuscht „Ausgleich“ vor, nutzt den Kapitalisten mehr als den Arbeitenden und entpolitisiert v.a. die Arbeiterschaft.

Kreiskys Vermächtnis

Weil gerade der 50. Jahrestag von Kreiskys 1. Wahlsieg im Jahr 1970 ist. Als politisches Vermächtnis hat Kreisky selbstkritisch unter anderem festgestellt, dass

- der Kapitalismus nicht am grünen Tisch bekämpft werden kann

- mit Vranitzky der Bankdirektorenflügel in der Partei das Ruder übernommen hat, was den Arbeiter*innen noch schwer und teuer zu stehen kommen wird.

Welcher neoliberalen Geisteshaltung die Nachfolger anhängen, sieht man an Klima und dem aus der „SJ-Linken“ gekommenen Gusenbauer mit seiner „solidarischen Hochleistungsgesellschaft“. Diese war und ist für die Masse der SPÖ-Mitglieder und Wähler unerreichbar oder sozial tödlich. Für Vranitzky, Klima oder Gusenbauer ein gutes Geschäft.

Faymann wiederum war ein braver Parteisoldat, unterfüttert und abgesichert durch seine Kontakte zur (Wiener) Bau- und Immobilienwirtschaft und war daher auch von der Wirtschaft geduldet. Die Absetzung Faymanns war ein Putsch von oben, keine Rebellion von unten.

Was Kern dann angerichtet hat, ist abenteuerlich: Zuerst „links“ blinken, dann rechts an die Wirtschaft anbieten (Plan A) und somit Kurz eine Steilvorgabe geben, weil der seitdem immer sagt, dass wollte ja die SPÖ auch schon. Und dann, knapp vor dem Wahltag 2017 wieder „links“ blinken. Ergebnis: gleicher Stimmenstand wie bei Faymann 4 Jahre zuvor.

Orbanisierung Österreichs

Die Schwäche der SPÖ wurde so zur Stärke der ÖVP. Und die ÖVP hat das weidlich ausgenutzt und treibt dieses Spiel weiter, zuerst mit der FP, jetzt mit den Grünen: Sozialabbau, Demokratieabbau. Ausbau von

Überwachungsstaat, Angriffe auf Justiz und Rechtsstaat, Mitmachen bei EU-Aufrüstung – PESCO - und Aushöhlung der Neutralität.

Dem Rechtsruck durch ÖVP, FPÖ und insgesamt, aber auch in der SPÖ selbst, muss wirklich und VON UNTEN entgegengetreten werden. Sonst marschiert Kurz mit Hilfe von Industrie, Wirtschaftskammer, Medien und Message-Control zur Absoluten. In der Art eines „demokratischen Absolutismus“ treibt er mit den Grünen als Mehrheitserhalter die Orbanisierung Österreichs voran. Siehe z.B. gerade die Kurz-Corona-Krisen-PR.

Und die SPÖ und die arbeitenden Menschen brauchen demgegenüber keine „roten Türkisen“ á la Doskozil, sondern rote Rote!



Raus aus der Komfortzone

Otto Bauers „Theorie“ dass man mit 51% im Parlament den Kapitalismus kippen könne und Kreiskys Sicht, dass man durch Koalition die Konservativen und Reaktionäre „zähmen“ könne, führten dazu, dass die SPÖ, um „im Spiel“ zu bleiben, nicht linker, sondern neoliberaler, noch kapitalistischer denkend, also rechter wurde. Mit dem Effekt, dass das Kapital noch mehr Druckmittel hat. Zwischen Kern und Kurz hat sich die Industrie und ihre Meinungsmache

für Kurz entschieden – mit den bekannten Folgen.

Also: Die Basis fragen? Ja. Solche Fragen? Nein! Wie handeln? Nicht für, sondern gemeinsam mit den Menschen! Taten statt Worte! Die Basis mobilisieren. Aber in diesem ideologischen Vakuum, in dem man es weiterhin vor allem der Wirtschaft recht machen will und darauf hofft, dass diese etwas hergibt, damit wie in der Vergangenheit etwas für die arbeitenden Menschen abfällt, nicht einmal das gibt es mehr.

Alles, was die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen erreicht haben – Gewerkschaften, SPÖ, AK, Sozialgesetze, Sozialversicherung, Betriebsräte, Arbeitszeit, Arbeitsverfassung – alles wurde ERKÄMPFT: Zuerst auf der Straße, im Betrieb und erst dann im Parlament finalisiert.

Das gilt erst recht für die kommenden Veränderungen wie Digitalisierung, 5G usw., welche die Industrie, die Konzerne nur in ihrem Profitinteresse ausgestalten wollen. Überlassen wir ihnen die Ausgestaltung wird es zu noch mehr Krisen und Kriegen kommen: In der Wirtschaft, in der Natur, in der Umwelt, beim Klima, im Gesundheitsbereich, im täglichen Leben. Ohne gemeinsamer, solidarischer Gegenwehr von unten macht das die Menschen noch mehr zu modernen Sklaven der Kapitalisten. Also um unser selbst willen: Raus aus der Komfortzone. **Zurück zum Ursprung – Vorwärts in die Zukunft!**

Solidarität

unsere Chance

Nummer 146

März 2020

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com

aus: Zeitung „Solidarität – unsere Chance“ Nr.146, März 2020 <http://prosv.akis.at> * www.prodemokratie.com